

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 04.10.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz2
06108 Halle

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Vorsitzende:		
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	i.V. von Herrn Schachtschneider
Frau Heike Wießner	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Raab	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger der Jugendhilfe)

Herr Uwe Kramer	
Frau Beate Gellert	
Frau Anna-Maria Manser	i.V. von Frau Schubert

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Katharina Brederlow	Amtsleiterin
Herr KR Ralf Berger	Polizei Halle
Herr Dr. Hendrik Kluge	Kirchenkreis
Frau Renate Leonhard	Kath. Propsteipfarramt
Herr Rene Moses	Humanistischer RV

Frau Carola Messerschmidt Landesschul-
amt

Frau Anja Pohl Stadteltern-
beirat bis 18 Uhr anwesend

Entschuldigt fehlen:

Herr Andreas SchachtschneiderCDU

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger der Jugendhilfe)

Herr Leonhard Dölle

Frau Antje Klotsch

Frau Kerstin Masur Stellvertreter ebenfalls entschuldigt

Frau Helga Schubert

Beratende Mitglieder

Frau Carmen Wiebach Jobcenter

Herr Richter Bruno Glomski Amtsgericht

Frau Tatjana Privorozkaja Jüdische
Gemeinde

Frau Janice Windisch Kinder- und
Jugendrat

Herr Mirko Petrick Kinder- und
Jugendbeauf-
tragter

Frau Petra Schneutzer Beauftragte
für Migration
und Integration

Frau Susanne Wildner Gleichstellungs
beauftragte

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde und fragte, ob es Vorsprechende gibt.

Frau Springer, alleinerziehende Mutter von 3 Kindern, sprach zur Problematik fehlender Kindertagesstättenplätze für ihre Kinder vor. Ihre Kinder sind 2, 6 und 8 Jahre alt. Sie ist erwerbsunfähig und hat sich selbst um eine Maßnahme wieder gekümmert und diese auch angetreten. Bisher war es nicht möglich, dringend benötigte Betreuungsplätze für ihre Kinder erhalten zu können. Ihre Vorsprache im Eigenbetrieb Kindertagesstätten ergab, dass erst ab April 2013 zur Verfügung stehen können, da alle Einrichtungsplätze vergeben sind. Sie hätte jetzt einen bis 13.11.12 befristeten Krippenplatz erhalten können, was ihr nicht weiter hilft. Sie hat sich selbst bemüht, wieder berufstätig werden zu können und dies wird nun durch die fehlenden Betreuungsplätze erschwert. Momentan kommen ihre Schwester und Oma, welche auswärts wohnen, zur Betreuung ihrer Kinder nach Halle, damit sie arbeiten kann. Sie benötigt dringend Unterstützung in dieser Angelegenheit. Sie besteht nicht darauf, dass beide kleinen Kinder in einer Einrichtung untergebracht werden, aber der Weg zwischen beiden Einrichtungen sollte gering sein, da sie das sonst Zeit- und Wegetechnisch nicht schaffen kann. Sie hat auch bei freien Trägern vorgeschlagen, die Situation ist überall gleich.

Anfrage Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt), ob sie schon im Jugendamt hierzu vorgeschlagen hat.

Antwort Frau Springer, dass sie wegen einer anderen Angelegenheit im Jugendamt war und die Problematik gleich mit angesprochen hat. Sie hat dann die Telefonnummer der Kontaktperson, welche im Jugendamt Tagesmütter vermittelt, erhalten und dort angerufen. Ihr wurde mitgeteilt, dass bei den hier gemeldeten 20 Tagesmüttern alle Plätze ebenfalls voll sind.

Frau Brederlow antwortete, dass es schwierig ist, Plätze zu vermitteln, da die Bedarfe sehr hoch sind. Es wird aber über ihre Mitarbeiterin, Frau Ryga, immer nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Sie bat die Ressortleiterin Frau Schöps, sich die Kontaktdaten von Frau Springer geben zu lassen, damit zu ihr Kontakt aufgenommen werden kann. Dies erfolgte durch Frau Schöps.

Da keine weiteren Personen zur Vorsprache in der Sprechstunde erschienen waren, **beendete Frau Hanna Haupt die Kinder- und Sprechstunde.**

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass die unter TOP 6.1. aufgeführte Beschlussvorlage „Prioritätenliste Investitionen an Schulen“ im Bildungsausschuss vertagt worden ist. Sie schlägt vor, deshalb diesen TOP von der Tagesordnung abzusetzen, da hierzu erst der zuständige Fachausschuss sein Votum abgeben muss. Sobald dieser hierzu entschieden hat, wird dies im Jugendhilfeausschuss behandelt werden. Hierzu gab es keinen Widerspruch sondern Zustimmung.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) kündigte eine Mitteilung zur Finanzsituation, hier Anträge zu überplanmäßigen Ausgaben im Bereich Hilfen zu Erziehung und Kindertagesstätten, an.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, kündigte auch eine Mitteilung an. Dies wird unter Mitteilungen noch mit aufgeführt.

Es gab keine weiteren Änderungen, so dass unter Absetzung des TOP 6.1 die Tagesordnung bestätigt wurde.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.2012
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Vorstellung des Trägers Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.
- 6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Prioritätenliste Investitionen an Schulen
Vorlage: V/2012/10921
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8. schriftliche Anfragen von Stadträten

9. Mitteilungen
 - 9.1. Bericht der Amtsleitung zu durchgeführten Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit im Amt für Kinder, Jugend und Familie
 - 9.2. Information zum Stand des Fachkonzeptes des Amtes für Kinder Jugend und Familie
 - 9.3. Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2009
Vorlage: V/2012/10924
 - 9.4. Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2010
Vorlage: V/2012/10925
 - 9.5. Mitteilung des Beigeordneten Herrn Kogge zu überplanmäßigen Anträgen zur Finanzierung in den Bereichen Hilfen zur Erziehung und Kita
 - 9.6. Mitteilung Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Projekt "Wertebildung in Familien"
 - 9.7. Mitteilung der Amtsleiterin, Frau Brederlow, zur Beratung der Jugendamtsleiter Sachsen-Anhalt
10. Themenspeicher
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.2012

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), fragte nach Änderungswünschen zur vorliegenden Niederschrift.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass auf Seite 7 zu ihren Aussagen eine Korrektur erfolgen soll. Statt „...dass es im Bildungsausschuss Änderungen gab, hier hatte die Verwaltung etwas zugesagt“, muss es korrekter heißen: „....., hier hatte die Verwaltung eine neue Stellungnahme zum Sachverhalt zugesagt“. So stand dies auch im Protokoll des Bildungsausschusses.

Keine weiteren Änderungen.

Mit der angesagten Korrektur wurde die Niederschrift genehmigt.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass es in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.09.12 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gab.

zu 5 **Vorstellung des Trägers Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), begrüßte von der Volkssolidarität Querfurt- Merseburg e.V. den Geschäftsführer, Herrn Jürgens und seine Mitarbeiterinnen Frau Oberländer und Frau Heft. Sie sprach an, dass der Träger eingeladen worden ist, um sich dem Jugendhilfeausschuss vorzustellen, da er auch Kinder- und Jugendarbeit in Halle macht und die Projekte des „Bauhof“ übernommen hatte.

Herr Jürgens, Geschäftsführer des Vereins, dankte für die Vorstellung und stellte seine Mitarbeiterinnen, Frau Oberländer, Bereichsleiterin Kinder und Jugendliche und Frau Heft, Projektleiterin im „Bauhof“ vor.

Anfangs ging er kurz auf die Geschichte der Volkssolidarität und deren Leistungsspektrum ein. Er sprach an, dass zum 01.04.2012 die Übernahme der Angebote der Jugendwerkstatt „Bauhof“ erfolgte, da der Träger Insolvenz anmelden musste. Damit kam zu den bisherigen Leistungen auch der Kinder- und Jugendbereich dazu. Es wurden 14 Mitarbeiter übernommen und es gab 2 Neueinstellungen. Für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erfolgten keine Einbußen bei Lohn und Urlaub. Ziel ist es, die Angebote auch in den Franckeschen Stiftungen belassen zu wollen. Es wurde auch bewusst der Name „Bauhof“ belassen, nur die Ergänzung „Niederlassung Bauhof Halle“ wurde hier zum Verein noch gemacht. Er gab das Wort an seine Mitarbeiterinnen weiter, damit diese zur fachlichen Arbeit Aussagen treffen können.

Frau Oberländer, Bereichsleiterin im Verein, sprach an, dass sie koordinierende Aufgaben hat und Verbindung zur Geschäftsleitung und zum Vorstand hält. Die Strukturen sind regional aufgebaut, 1 Fachbereich ist die Niederlassung im Bauhof Halle, Leiter des Bereiches Flexible Hilfen ist Herr Dölle. Sie ging noch kurz auf die Niederlassung im Saalekreis mit seinen Angeboten ein.

Frau Heft, Projektleiterin in der Niederlassung Bauhof Halle, ging auf die übernommenen Projekte ein. Sie sprach die vernetzte Arbeit des Vereins in der Stadt Halle an.

Herr Jürgens ergänzte, dass die Projekte im Bauhof so weiter laufen wie bisher, es sollte zu keinem Qualitätsabbruch kommen. Der Bauhof wird als fachliche Bereicherung angesehen. Er betonte, dass sein Verein offen ist für Zusammenarbeiten jeglicher Art. Es gibt in Halle 2 Volkssolidaritäten, diese beschäftigen sich ausschließlich mit Seniorenarbeit. Hier gibt es klare Absprachen untereinander.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), dankte für die Ausführungen und das eingehaltene Zeitvolumen. Sie gab Gelegenheit zu kurzen Rückfragen.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte zur erwähnten Zusammenarbeit mit einer AG freie Träger nach.

Frau Heft antwortete, dass es hier um einen Zusammenschluss von freien Trägern geht, die sich 1x jährlich treffen. Hier geht es um den HzE-Bereich.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Prioritätenliste Investitionen an Schulen
Vorlage: V/2012/10921**

Abstimmungsergebnis:

Abgesetzt

Bemerkung der Protokollführerin:

Da die Beschlussvorlage im Bildungsausschuss als zuständigem Fachausschuss vertagt worden ist, wurde diese Vorlage von der Tagesordnung im Jugendhilfeausschuss abgesetzt, bis ein Votum des Bildungsausschusses vorliegt.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Bericht der Amtsleitung zu durchgeführten Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit im Amt für Kinder, Jugend und Familie

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) , begrüßte Frau Unger, die Amtsleiterin des Amtes für Organisation und Personal. Frau Brederlow ging eingangs auf die Struktur des Amtes im Jahr 2006 ein. Hier gab es 172,75 Vollzeitstellen, tatsächlich waren es 197,50 VZS. Dies resultierte daraus, dass bestimmte Aufgaben in die Kernverwaltung übertragen worden sind. Dies betraf das KJSZ in

der Klosterstraße als auch das Frauenschutzhaus. Sie benannte **Probleme**, welche das Amt die ganze Zeit begleiten, wie:

- **Raumsituation**

Hier insbesondere im Objekt Radeweller Weg, welches nach wie vor einer „Baustelle“ ähnelt. Die telefonische Erreichbarkeit ist nach wie vor nicht besser geworden und auch die räumliche Situation ist prekär. Die kleinen Räume stellen auch ein Sicherheitsrisiko für das Personal dar, da es doch hin und wieder zu Situationen mit aufgebracht oder psychisch kranken Bürgern kommt.

- **Personalbesetzung entsprechend Stellenplan**

Das Teilzeitangebot wird rege in Anspruch genommen, insbesondere auch von Müttern mit Kleinkindern, was dazu führt, dass die vorhandenen Personalstellen nicht zu 100% besetzt sind.

- **Es gibt kaum externe Ausschreibungen**

Dies erschwert die Besetzung offener Stellen mit geeignetem Fachpersonal. Dies betrifft aber die gesamte Stadtverwaltung und nicht nur unser Amt. Im Bereich des ASD macht sich dies deutlich und ist mit anderen Städten so nicht vergleichbar.

- **Seit 2005 werden immer mehr Aufgaben an die Jugendämter übertragen**

Durch drastische Veränderungen in der Aufgabenzuteilung durch Landesgesetze, bspw. zum § 8a, hier auch Landeskinderschutzgesetz, wurden die Aufgaben immer mehr, hier fehlt ausreichendes Personal.

- **Hoher Kostendruck durch Haushaltssituation der Stadt**

Hier ist die Problematik hinreichend bekannt, so dass sie dies nicht weiter ausführen musste.

- **Auswirkungen der Dienstanweisung 93, hier „unheimliches Halle“**

Sie erinnerte an die Dienstanweisung von 2007, welche den Ruf des Jugendamtes Halle in der Außenwirkung maßgeblich negativ beeinflusste, was teilweise heute noch anhängt.

Frau Brederlow erläuterte **die Maßnahmen zur Personalentwicklung**, wie bspw.

Zielvereinbarungsgespräche, Fortbildungsplanung, standardisierte Personalauswahlverfahren, Personalentwicklungsgespräche und die Optimierung von Abläufen – Strukturanpassung.

Sie sprach dem Personalamt Dank für die standardisierten Personalauswahlverfahren aus, da dies in der Gesamtheit vereinfachend ist und insgesamt in der Stadtverwaltung nach diesen Standards durchgeführt wird. Zwischen der Amtsleiterin des Personalamtes und ihr finden auch regelmäßig Gespräche statt, in welchen anstehende Probleme besprochen werden und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht wird. Es werden zunehmend immer mehr Personalentwicklungsgespräche mit Mitarbeitern geführt. Hier besteht die Möglichkeit persönliche Ziele vortragen zu können und es wird geschaut, ob diese in die Strategie des Amtes passen. Die Mitarbeiter werden in die Entwicklung der Bearbeitung neuer Aufgabenbereiche einbezogen.

Frau Brederlow sprach das Personalcontrolling im Jugendamt an.

Im Amt wird eine eigene Krankenstatistik geführt. Monatliche Meldungen gehen auch an das Personalamt, das ist unabhängig davon. Es betrifft nicht nur den Bereich der Sozialarbeiter ASD sondern mittlerweile sind verschiedene Bereiche im Jugendamt durch Krankheitsmeldungen betroffen. Es gibt monatliche Controllingrunden zwischen der Amtsleiterin und den Ressortleitern und Quartalsgespräche mit dem Personalrat. Es wurde im Amt ein Verfahren zu Überlastungsanzeigen eingeführt. Es gibt individuelle Arbeitszeitregelungen und Vereinbarungen für Teilbereiche wie Streetwork und das KJSZ Klosterstraße. Durch das Personalamt wurden Organisationsuntersuchungen einzelner Bereiche mit anschließender Umsetzung personeller Veränderungen durchgeführt. Bspw. betraf dies u.a. den Bereich Betriebserlaubnisse Kindertagesstätten, was auch hier personelle Konsequenzen hatte. Durch das Gesundheitsmanagement wurde eine Untersuchung zu den Folgen von Schichtarbeit im KJSZ durchgeführt. Schichtarbeit kann krankmachend sein. Für Langzeiterkrankte gibt es ein Wiedereingliederungsmanagement.

Sie stellte die Struktur des Jugendamtes mit Stand September 2012 vor. Sie sprach an, dass es ein neues Ressort gibt, welches „Kinderschutz und Betriebserlaubnisse Kita“ heißt. Hier findet sich das Kinder- und Jugendschutzzentrum, Fachberatung und Betriebserlaubnisse Kita als auch der Bundeskinderschutz wieder. Sie geht davon aus, dass das Jugendamt ab 01.01.2013 auch die Sicherung der Familienhebammen koordinieren muss, es sei denn, dies geht an das Gesundheitsamt. Es gibt auch ein Ressort „Amtsleitung“, welchem ein sogenanntes „Grundsatzteam“ angehört. Hier finden sich die Mitarbeiter mit speziellen Aufgabengebieten wieder, wie bspw. Personalcontroller, Geschäftsstelle Jugendhilfeausschuss/Unterausschuss Jugendhilfeplanung, Öffentlichkeitsarbeit, das Projekt „Familien stärken“, Jugendhilfeplanung, Partizipation, Kinder- und Jugendbeauftragter.

Sie sprach an, dass ihre Präsentation auch den Mitgliedern an die Niederschrift angehängt wird.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), dankte für die Ausführungen und gab die Möglichkeit für kurze Nachfragen.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie kann der Jugendhilfeausschuss oder der Stadtrat unterstützend zum angesprochenen Einstellungsstopp im Bereich des ASD tätig werden, was gibt es hier für Möglichkeiten?

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Wirkung des Gesundheitsmanagements, wie hat dieses unterstützend im Jugendamt mitgewirkt?

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), gab das Wort an **Frau Unger, Amtsleiterin des Amtes Organisation und Personal**.

Frau Unger, Amtsleiterin Amt für Organisation und Personal, sprach an, dass es kein generelles Einstellungsstopp gibt, auch nicht für den ASD. Die Situation ist so, dass externe Einstellungen über die Oberbürgermeisterin bestätigt werden müssen. Es gibt ein Entfristungskonzept. Das bedeutet, wenn befristet eingestellte Mitarbeiter sich bewähren und auch in das Team passen, dann besteht die Möglichkeit, diese auch einzustellen. Es gibt immer mal wieder Stellen, die aus verschiedenen Gründen frei werden, so dass auch Festeinstellungen für solche Personen möglich sind. Das Teilzeitangebot wurde insbesondere von Mitarbeitern aus familiären Gründen angenommen. Das betrifft vor allem Mitarbeiter mit Kleinkindern oder Mitarbeitern, welche pflegebedürftige Angehörige haben. Diese Mitarbeiter haben das Teilzeitangebot auf befristete Zeit abgeschlossen und können auch wieder zu ihrer vollen Stundenanzahl zurück kehren. Fachkonzepte müssen noch bestätigt werden, auch mit neuen Personalstellen, wo dies erforderlich ist. Das Gesundheitsmanagement hat viel im präventiven Bereich des Jugendamtes gemacht. Hier finden Supervisionen statt, es gibt auch ein Gesundheitscoaching. Eine Mitarbeiterin dieses Bereiches hat hier eine Ausbildung im systemischen Coaching gemacht. Es gibt Gesundheitsprojekte über Mitarbeiterbefragungen, die regelmäßig evaluiert werden. Im KJSZ in der Klosterstraße gab es Maßnahmen, welche zur Entlastung der Mitarbeiter geführt haben. Krankschreibungen können auch familiäre Ursachen haben, Langzeiterkrankungen gibt es auch unter altersbedingten Gesundheitserscheinungen. Die Wiedereingliederung von Langzeiterkrankungen läuft im Jugendamt vorbildlich, was in anderen Ämtern noch nicht so der Fall ist. Um eine Wiedereingliederung möglich machen zu können, bedarf es auch der Zustimmung des erkrankten Arbeitnehmers hier mit zu gehen. Es gibt auch Fälle, wo Sozialarbeiter „ausgebrannt“ sind und dies anzeigen. Dann wird auch hier nach Möglichkeiten geschaut, Veränderungen herbei zu führen, bspw. auch durch eine Ausbildung in der Verwaltung. Die Angebote müssen von den Führungskräften aufgegriffen werden und diese müssen mitmachen. Im Jugendamt läuft dies gut, hier gibt es Unterschiede in Bereichen der Stadtverwaltung.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob unter Wahrung des Datenschutzes dem Personalamt Krankheitsbilder der Mitarbeiter bekannt sind.

Antwort Frau Unger, nein, die Krankheitsbilder der Mitarbeiter werden nicht bekannt. Hier gibt es nur Erhebungen der Krankenkassen im Land, welche Krankheitsbilder gehäuft auftreten. Nur im Fall der Wiedereingliederung bei Krankzeiterkrankungen wird die Offenheit zwischen dem Mitarbeiter und seinem Fallmanager vorausgesetzt, um entsprechende Maßnahmen bei der Wiedereingliederung berücksichtigen und durchführen zu können.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) sprach zu Personaleinstellungen an, dass deutlich wurde, dass es mittlerweile 1/3 Fälle mehr bei den Hilfen zur Erziehung gibt. Das heißt, dass im Fachkonzept des Jugendamtes entsprechend auch neue Personalstellen berücksichtigt werden mussten. Es ist nicht nur Aufgabe des Amtsleiters die Notwendigkeit zu sehen sondern dies bedarf auch der Unterstützung des Fachausschusses. Die Fallzahlen steigen, wir sind an 3. Stelle was die Armut im Land angeht. Letzteres zieht mehrere Probleme wie Hilfen zur Erziehung, Bildung etc. nach sich. Das Fachkonzept wird neue Stellen ausweisen und er hofft, dass die Notwendigkeit hierfür gesehen wird.

Anfrage Herr Kramer , stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wo er in der neuen Struktur Bildung und Teilhabe wiederfindet?

Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt), dass dies im Team Jugendhilfeplanung mit angesiedelt ist.

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), ob das Fachkonzept dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt wird.

Dies wurde von der **Verwaltung** bejaht.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass Schichtarbeit nicht krank macht. Oftmals ist es eine Frage des Arbeitsklimas. Die Situation im Radeweller Weg ist untragbar. Die telefonische Erreichbarkeit ist von Anbeginn ein großes Problem und hat sich bis heute nicht klären lassen. Geschaltene Abwesenheitsnachrichten bei Emails werden nach Außen nicht sichtbar. Somit ist es sehr schlecht in dringenden Fällen einen Bearbeiter oder Vertreter erreichen zu können. Technisch muss hier dringend etwas passieren. Was ist im Fall von Kindeswohlgefährdung, wenn durch die technischen Probleme Mitarbeiter nicht erreicht werden können. Hier bedarf es der Unterstützung des Beigeordneten sich für diese Problematik stark zu machen, damit dieser unhaltbare Zustand beendet wird.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) sprach an, dass der Radeweller Weg immer wieder „Spitzenthema“ ist. Wenn man durch das Sozialamt geht, wird sichtbar, wie Räume für Mitarbeiter sein können. Der Radeweller Weg ist eine Teilruine.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, was unternommen werden kann, um dies abzuändern?

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) sprach an, dass bei der Rede vom Fachkonzept auch über die neuen Aufgaben im Jugendamt gesprochen wird. Dies schaut sich auch ein Lenkungsausschuss an. Das Fachkonzept muss auch in die Beigeordnetenkonferenz. Natürlich wird auch im Zusammenhang des Oberbürgermeisterwechsels geschaut, was sinnvoll ist, jetzt noch einzubringen oder erst dann voranzubringen. Es wurde auch ideenhaft darüber nachgedacht, „Springerstellen“

einzurichten, da es immer mal wieder zu Personalausfällen aus verschiedenen Gründen kommen kann, die nicht beeinflussbar sind, aber wo dringend die Arbeit getan werden muss. Mit anderen Kommunen finden auch rege Austausche statt, um zu schauen, wie es woanders umgesetzt wird. Es kann keine unmittelbaren Vergleiche immer mit anderen Jugendämtern geben, da hier die Aufgabenverteilung und –wahrnehmung oftmals sehr unterschiedlich ist. Das Jugendamt Halle macht Aufgaben, die in anderen Jugendämtern nicht stattfinden.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), bemerkte kurz, dass nahtlos – ohne Vorankündigung – jetzt bereits zum Top 9.2. Information zum Fachkonzept übergegangen worden ist.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, ob es sich bei dem Fachkonzept jetzt um eine Fortschreibung handelt, da es ja bereits vor Jahren ein Fachkonzept schon gab? Sie merkte auch an, dass sie damals in der Lenkungsgruppe mitgewirkt hat. Hier hofft sie, dass Frau Ungers Einfluss dies positiv mitgestalten kann und es anders als damals läuft.

Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt), dass es sich um eine Fortschreibung des Fachkonzeptes handelt. Es wurden Ziele beschrieben und es erfolgte eine Aufwuchsoptimierung, die ausgewiesen wurde, damit die Bedarfe klar werden. Die Veränderungen, welche dieses Jahr gemacht wurden, sind groß genug, diese Maßnahmen erst mit Leben zu füllen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), dankte für die Ausführungen zu den TOP 9.1 und 9.2.

zu 9.2 Information zum Stand des Fachkonzeptes des Amtes für Kinder Jugend und Familie

Anmerkung der Protokollführerin: Die Mitteilung fand im Zusammenhang mit dem vorhergehenden TOP 9.1. statt und findet sich auch unter TOP 9.1. wieder.

zu 9.3 Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2009 Vorlage: V/2012/10924

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass unter TOP 9.3 und 9.4 die Verwaltungsberichte des Dezernates IV für die Jahre 2009 und 2010 zur Kenntnis zu nehmen sind. Falls es kurze Rückfragen gibt, dann nur zum Teil des Amtes.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) sprach kurz an, dass sein Dezernat die Tradition wieder aufgenommen hat, Verwaltungsberichte zu erstellen und mit diesen beiden Berichten den Anfang gemacht hat. Hier finden sich die vielfältigen Aufgabengebiete seines Dezernates wieder.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, lobte den Bericht des Jugendamtes als besten Bericht hierbei. Wieso wurde vom Jahr 2011 noch kein Verwaltungsbericht vorgelegt?

Antwort Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung), der Bericht von 2011 wird noch vorgelegt. Momentan findet hierzu noch ein Austausch innerhalb der Verwaltung statt.

Keine weiteren Anfragen dazu.

Der Fachausschuss nimmt den Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2010 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

**zu 9.4 Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2010
Vorlage: V/2012/10925**

Siehe unter TOP 9.3.!

Der Fachausschuss nimmt den Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2010 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

**zu 9.5 Mitteilung des Beigeordneten Herrn Kogge zu überplanmäßigen Anträgen
zur Finanzierung in den Bereichen Hilfen zur
Erziehung und Kita**

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) sprach an, dass für den Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE) ein Antrag auf überplanmäßige Mittel gestellt werden muss. Er ging hierzu auf die Haushaltsplanung in diesem Bereich in den Jahren 2011 und 2010 zur Erläuterung ein. Er erinnerte auch an die Sitzung des Finanzausschusses hierzu. Es gab im Jahr 2009 eine lange Diskussion hierzu, da die Probleme zu wenig bekannt waren. 2011 und 2010 wurden die Zahlen benannt, welche verbraucht wurden, diese Zahlen sprachen für sich. Im Jahr 2009 waren im Haushalt im Bereich HzE in der Planung 19,2 Mio EUR, im Ist waren es dann 22,9 Mio EUR. Im Haushaltsplan 2010 waren 27,3 Mio EUR, im IST waren es 26 Mio EUR. Er verwies auf die bekannte Verfahrensweise der Vor- und Nachberechnungen über die Jahresscheiben hinaus. Im Haushaltsplan 2011 wurden 24,7 Mio EUR aufgestellt. Dies war eine hohe Herausforderung, zum Jahresabschluss standen 28,8 Mio EUR zu Buche. Für das Jahr 2012 wurden im Haushalt 26,4 Mio EUR aufgestellt. Wir werden am Ende bei 30 Mio EUR ankommen. Hier spielen die Tarifierhöhungen bei den freien Trägern als auch die Erhöhungen im Bereich der Fallzahlen, welche deutlich gestiegen sind, eine Rolle. Er sprach

an, dass im Jahr 2007 wir bei 990 Fällen im Bereich HzE waren; jetzt muss davon ausgegangen werden, dass die Stadt bei 1.400 Fällen ankommt. Dies bedeutet eine Steigerung der Fallzahlen um 1/3. Die bundesweiten Zahlen sind hierzu höher als in Halle (Saale), obwohl die Stadt im SGB II-Bereich an 3. Stelle steht. Er möchte an dieser Stelle informieren, dass ein Antrag auf 4,6 Mio EUR mehr im HzE-Bereich gestellt wurde. Er ging dann auf den Bereich Kindertagesstätten ein. Im Jahr 2006 waren 2.600 Kinder in den Kinderkrippen untergebracht. Im Jahr 2012 liegt die Stadt bei 2.730 Kindern, das sind 130 Kinder mehr im Krippenbereich allein. Die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen steigt, insbesondere für den Krippenbereich. Auch durch LIGA der freien Wohlfahrtspflege werden Plätze angeboten. Wenn man bedenkt, dass Kinder ca. 3 ½ Jahre im Kindertagesstättenbereich verbringen, ist klar, wie die Steigerungen Krippe-KITA wirken. Die Stadt ist bei 93% Auslastung in den Kindertagesstätten angelangt. Im Hortbereich sind die Zahlen von ehemals 3.463 auf 5.549 Kinder gestiegen. Im Paulusviertel wird es jetzt auch sehr eng an Plätzen. Es wurde immer eine Bedarfs- und Entwicklungsplanung gemacht. Neue Plätze wurden ausgewiesen, die geschaffen werden. Die Stadt braucht die Mittel für Bildung, Standorte und zur Zukunftssicherung. Die Haushaltsplanung 2013 muss unterstützt werden. Es müssten dort zusätzliche Mittel eingestellt werden. Der Antrag auf überplanmäßige Ausgaben geht jetzt in den Finanzausschuss.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass nicht nur durch die LIGA sondern auch durch den Stadtjugendring Betreuungsplätze in der Stadt zur Verfügung stehen. Die Stadt sollte sich über jedes Kind freuen, was sie bekommt und sie sieht es als selbstverständlich an, dass der Stadtrat dies unterstützt. Sie fragte an, ob die Mittel für die KITA-Träger noch reichen? Die freien Träger können die 5% Eigenleistung nicht bringen. Sie warnt davor, die präventive Arbeit „einzustampfen“. Je mehr präventive Arbeit in Halle wegfällt, um so mehr werden die HzE-Fälle steigen. Wieso kommt jetzt diese Information durch Herrn Kogge?

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) antwortete, dass er es für notwendig erachtet, den Jugendhilfeausschuss zur Situation zu informieren, da dies hier her gehört. Er wurde vor Monaten darauf angesprochen, zu informieren, wenn die Mittel nicht ausreichen und dem ist er heute nachgekommen. Er hat nicht vor, die Mittel woanders wegzunehmen, er hat keine Deckung für die benötigten Mittel.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass der Stadtrat sich natürlich für den Bereich Kindertagesstätten einsetzt. Als freier Träger sitzt Frau Gellert ebenfalls hier mit im Boot. Die Situation ist nicht nur in Halle so. HzE ist eine Pflichtaufgabe und die muss bezahlt werden. Zum präventiven Bereich gibt es klare Vorgaben, es gibt die Jugendhilfeplanung und mehr geht dann nicht mehr.

Anfrage Herr Kramer , stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), zu den erforderlichen Mitteln im KITA-Bereich, da jetzt nur von den 4,6 Mio EURO im HzE-Bereich zahlenmäßig gesprochen wurde.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) antwortete, dass im KITA-Bereich noch 3,4 Mio EUR erforderlich sind, wofür ein überplanmäßiger Antrag gestellt worden ist.

Keine weiteren Nachfragen.

zu 9.6 Mitteilung Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Projekt "Wertebildung in Familien"

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass es ein Bundesprojekt „Wertebildung in Familien“ gibt. Es gibt 16 Standorte hierfür. In Sachsen-Anhalt ist dies in der Stadt Halle beim IRIS Regenbogenzentrum. Sie hat hierzu heute Flyer ausgelegt für eine stattfindende Fachtagung am 16.11.2012. Sie sprach an, dass sich hierfür möglichst viele Interessenten anmelden sollten, die Händelhalle ist als Veranstaltungsort hierfür gebucht. Auf der Homepage des Vereins sind die Informationen ebenfalls hinterlegt.

zu 9.7 Mitteilung der Amtsleiterin, Frau Brederlow, zur Beratung der Jugendamtsleiter Sachsen-Anhalt

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) teilte mit, dass sie zur Amtsleiterberatung der Jugendämter von Sachsen-Anhalt war. Hier ging es u.a. auch um die Stark III-Finanzierung von KITA's. Sie wies darauf hin, dass die Antragsteller die Finanzierung stehen haben müssen, wenn sie ihren Antrag beim Ministerium einreichen. Die Kommune gibt hier nichts dazu. Hier gibt es bereits Probleme in einigen Kommunen, da dies von Antragstellern nicht berücksichtigt wurde, deshalb weist sie hier ausdrücklich darauf hin.

zu 10 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass der Themenspeicher allen Mitgliedern vorliegt und monatlich aktualisiert wird. Folgende Änderungen sprach sie hierzu schon an:

- Die Prioritätenliste Investitionen in Schulen wird aus dem heutigen JHA verschoben, bis ein Votum vom Bildungsausschuss hierzu vorliegt.
- Im JHA 1.11.12 kommt die Berichterstattung in den Ausschüssen, welche wir im Februar bereits diskutiert hatten. Diese wird überarbeitet jetzt den Ausschüssen wieder vorgelegt.
- Aus dem Stadtrat wurde ein Antrag der CDU-Fraktion in den JHA 01.11.12 verwiesen, hier geht es um die Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf der Ziegelwiese
- Das Resümee aus der Arbeit in den Sozialgruppen wird in den JHA 01.11.12 und nicht erst 06.12.12 kommen
- Der für den JHA 6.12.12 angekündigte Bericht zur Umsetzung von Schulsozialarbeit soll im JHA 07. Februar 2013 gehalten werden.

Dies ist der momentan aktuelle Stand zu den weiteren Themen im Jugendhilfeausschuss.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass sie in der letzten Sitzung angeregt hatte, die Thematik Sozialconsergie mit aufzunehmen, da dies ein spannendes Thema auch im JHA sein kann.

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) sprach an, dass dies auch vermerkt worden ist, aber dies erst im I. Quartal 2013 auf den Themenspeicher genommen werden kann, da bis Ende d.J. bereits ausreichend andere Themen anstehen.

zu 11 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE.,:

1. zu der heute abgesetzten Prioritätenliste Investitionen an Schulen. Gibt es hier geplante Einrichtungen, welche Stark III Einrichtungen sind?
2. Gibt es einen aktuellen Stand zur Klosterstraße, kann dies mit in Stark III rein gebracht werden?

Antwort Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung), :

zu 1. Es liegt ihm keine Rückmeldung von Trägern zum Stark III-Programm vor.
Zu 2.: Die Einrichtung in der Klosterstraße ist keine KITA, wofür das Programm gemacht worden ist. Er nimmt diese Frage aber mit.

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) ergänzte zur Klosterstraße, dass ein Alternativstandort für diese gefunden wurde. Dieser soll mit der HWG ausgebaut werden, das Zeitfenster hierfür ist noch unklar. Der Standort wäre im Stadtgutweg, dort wäre auch eine große Freifläche, die Kapazität soll auf 18 Plätze erhöht werden.

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE.,

1. Im Schnatterinchen ist jetzt ein Hortstandort, an welchem auch die Salzmannschule ist. Für die Kinder ist das ein langer Weg bis dahin, diese Kinder benötigen auch eine Begleitung auf Grund ihrer gesundheitlichen Situation. Wie wird damit umgegangen?
2. In der Hafestraße findet eine Baumaßnahme statt. Hiervon sind auch die Jugendlichen der Rockstation betroffen, wie wird hiermit umgegangen?

Antwort Frau Brederlow zu:

1. Durch den Träger wurde das Problem benannt und dieser wollte nach einer Lösungsmöglichkeit suchen. Sobald Näheres bekannt ist, wird sie informieren.
 2. Hierzu ist nichts bekannt, da dies kein durch die Jugendhilfe gefördertes Projekt ist.
-

Anfrage Herr Dr. Kluge, Beratendes Mitglied (Evang.Kirchenkreis), zu der heute ausgelegten Beantwortung von Frau Gellert im Punkt 1. Hier wird von einer isw-Studie zur voraussichtlichen Entwicklung des Bedarfs an kommunaler Bildungsinfrastruktur im Bereich KITA/Horte/Schulen in der Stadt Halle bis zum Jahr 2025 gesprochen. Wo kann diese Studie eingesehen werden?

Antwort Frau Brederlow, dass diese Studie Ausgangslage zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung KITA war.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) bot an, dass zu dieser isw-Studie hier im JHA und auch im Bildungsausschuss informiert werden kann. Diese Studie wurde durch den Eigenbetrieb KITA in Auftrag gegeben. U.a. spielt hier eine große Rolle die Frage der Diskussion der Wohn- und Wanderverhältnisse.

Frau Brederlow sagte zu, sich mit dem EB Kita in Verbindung zu setzen, damit diese Studie hier vorgestellt wird.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wer der Auftraggeber für diese Studie war?

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) antwortete, dass dies im Auftrag der Stadt Halle (Saale) erfolgte.

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wo wurde diese Studie veröffentlicht und wo ist diese einsehbar?

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) antwortete, dass er diese Studie der Presse vorgestellt und hierzu informiert hat.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wies darauf hin, dass die freien Träger bei der Standortfrage berücksichtigt werden sollten und nicht nur der EB Kita. Der freie Träger ist vorrangig zu betrachten.

Antwort Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt), dass dies eine falsche Interpretation des SGB VIII ist. Der freie Träger hat nur Vorrang, wenn es um neue Angebote geht. Hier muss es zu einer Aushandlung zwischen öffentlichem und freiem Träger kommen.

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., zur neuen Telefoneinwahl in das Objekt des Radeweller Weges, welche über die städtische Einwahl erfolgen sollte. Wie ist der Stand hierzu?

Antwort Frau Heder, Ressortleiterin Süd-Ost, dass die Telefonanlage durch SIEMENS noch nicht umprogrammiert werden konnte, der Systemfehler ist immer noch nicht behoben. Demzufolge können die Telefoneinwahlen über die 221-... noch nicht erfolgen. Die Situation der Erreichbarkeit im Objekt ist nach wie vor schwierig.

Keine weiteren Anfragen.

zu 12 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), beendete den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.50 Uhr und rief zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit auf.

Tobias Kogge
Beigeordneter

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführer/in